

Economiesuisse will Ausstieg nicht hinnehmen

Präsident Bühler fühlt sich von Energieministerin Leuthard hintergangen



Doris Leuthard und Gerold Bühler 2010 in China: Heute wirft der Economiesuisse-Präsident der Bundesrätin Opportunismus vor FOTO: EPA/KEY

VON GUIDO SCHÄTTI

ZÜRICH/BERN Die Wirtschaft war guten Mutes: CVP-Frau Doris Leuthard, die SP-Politiker Moritz Leuenberger an der Spitze des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) abgelöst hatte, sollte der Schweiz einen nuklearen Frühling mit zwei neuen Atomkraftwerken beschern. Nach dem Super-GAU in Fukushima steht der Dachverband Economiesuisse vor einem Scherbenhaufen: Ausgerechnet Leuthard verurteilt den Atomausstieg.

Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler wirft Leuthard politischen Opportunismus vor: «Bei derart zentralen Entscheidungen müssen strategische Faktoren vor wahltaktische Überlegungen gestellt werden.» Deutlich wird auch sein Vize Hans Hess, der gleichzeitig dem Industrieverband Swissem vorsteht: «Der Entscheid ist ein Schnellschuss. Ich bin enttäuscht darüber, dass sich der Bundesrat ohne Not unter Zeitdruck setzen liess.»

Die Wirtschaftsvertreter sind pikiert, dass sie im Vorfeld der energiepolitischen Kehrtwende nicht angehört wurden. Das sei ein klarer Bruch mit der bewährten Schweizer Tradition, sagt Bühler. «Normalerweise werden Experten

und Interessengruppen eingebunden. Das hat in der Regel zur Folge, dass qualitativ bessere und politisch breiter abgestützte Entscheide gefällt werden.»

Hess nennt das Vorgehen bei der Grossbankenregulierung im vergangenen Jahr als Vorbild. Damals arbeiteten Vertreter von Bund, Banken, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam eine Vorlage aus, die der Bundesrat in den grossen Zügen übernahm. Die Energiewende dagegen sei eine weitgehend exklusive Koproduktion des Bundesamts für Energie (BFE) und des Basler Forschungsinstituts Prognos. «Wir versuchten zwar, einen Input zu leisten», sagt Hess, «das BFE stieg aber nicht darauf ein.» Auch den Elektrizitätsunternehmen zeigte das Bundesamt die kalte Schulter.

Economiesuisse-Vorstand lädt Leuthard zu USA-Reise ein

Den Ausstiegsentscheid will die Economiesuisse-Spitze nicht hinnehmen. «Wenn das Parlament dem Bundesrat wegen des Wahlkampfes folgen würde, wäre das fatal für den Industriestandort Schweiz», sagt Hess. Der Entscheid sei in dieser Form nicht zu verantworten, sagt auch Christoph Mäder, Vertreter der chemisch-pharmazeutischen Industrie. «Solange keine glaubwür-

digen Alternativen vorhanden sind», so der Chefjurist des Agrokonzerns Syngenta, «muss die Kernenergie eine Option bleiben.» Auf Basis der heutigen Technologie wolle man zwar keine neuen AKW mehr bauen, sagt Bühler, aber: «Sollte die technologische Entwicklung zu einem Quantensprung bei der Sicherheit führen, dürfen wir die Tür nicht schon heute zuschlagen.»

Bereits in zehn Jahren, so die Hoffnung der Economiesuisse-Spitze, könnten Kernkraftwerke einer neuen Generation marktreif sein. Vordenker im Verband ist Rolf Soiron, Präsident des Zementkonzerns Holcim. Auf einer Studienreise in die USA will er Bundesrätin Leuthard persönlich von den Vorzügen der Reaktoren der 4. Generation überzeugen. Ob die Energieministerin seine Einladung annimmt, ist noch offen.

Würden die Pläne des Bundesrats in die Tat umgesetzt, sieht Economiesuisse die Schweizer Wirtschaft vor einem Desaster. Bühler befürchtet jährliche Mehrkosten für die Energie in Milliardenhöhe. Wegen des starken Frankens arbeite bereits heute jede vierte Firma aus der Metall-, Elektro- und Maschinenindustrie mit Verlusten, sagt Hess: «Steigen nun die Energiepreise, wird die Lage noch schwieriger. Energie-

intensive Firmen müssten wohl die Tore schliessen.»

Dass die Industrie die Mehrkosten, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, mit Sparmassnahmen abfedern könnte, hält er für illusorisch. «Die Industrie hat ihren Energieverbrauch in den vergangenen 20 Jahren um 40 Prozent reduziert. Das verbliebene Sparpotenzial beträgt kurzfristig niemals 30 Prozent.»

Swisscleantech lobt die Zusammenarbeit mit dem Bund

Während die offizielle Wirtschaft die Wunden leckt, spürt der Verband Swisscleantech Aufwind. Ausgeschlossen vom Entscheidungsprozess fühlt sich der Alternativenverband nicht – im Gegenteil: «Wir haben versucht, bei der Neuausrichtung der Energiepolitik einen Input zu leisten, und das BFE ist darauf eingetreten», lobt Präsident Nick Beglinger die Zusammenarbeit im Vorfeld der bundesrätlichen Energiewende.

Swisscleantech hat ein eigenes Modell zum Atomausstieg erstellt. Kommende Woche soll dieses mit jenem von Prognos abgeglichen werden. «Wir sind der Wirtschaftsverband, der die Energiewende unterstützt», sagt Beglinger. «Es ist nur logisch, wenn wir vom Bund als Partner wahrgenommen werden.»

MANUEL AMMANN



Warum der Eurokurs so tief ist

In dieser Woche ist der Euro auf ein neues Tief von 1.23 Franken gefallen. Darin spiegelt sich das zunehmende Misstrauen der Marktteilnehmer, ob die europäische Einheitswährung die Staatsschuldenkrise unbeschadet übersteht. Bisher hat die EU das Schuldenproblem so gehandhabt, als handle es sich um temporäre Liquiditätsengpässe, die durch eine irrationale Panik an den Kapitalmärkten und nicht durch grundsätzliche Solvenzprobleme ausgelöst wurden. Immer deutlicher wird indes, dass in einigen Ländern die Rückzahlung der Schulden durch Haushaltsüberschüsse oder den Verkauf staatlichen Eigentums unrealistisch ist.

Trotzdem wurde – nachdem die privaten Gläubiger sich weigerten, schlechtem Geld gutes nachzuwerfen – mit kollektiv getragenen Rettungspaketen die Refinanzierung der Staatsschulden sichergestellt. Die Rettungsaktionen führten zu einer Verlagerung von Schulden zweifelhafter Qualität von der

«Die EZB entfernte sich vom Pfad der Tugend und kaufte zusätzlich im grossen Stil Staatsanleihen der Problemländer»

Privatwirtschaft zur öffentlichen Hand in der EU. Wenig überraschend, haben deshalb die Rettungsschirme für Griechenland, Irland und Portugal den Euro nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Die europäische Zentralbank EZB handelte ähnlich. Sie akzeptiert die Anleihen von Griechenland und Irland weiterhin als Sicherheit für Kredite an Banken, obwohl

die Qualität dieser Titel nicht mehr den üblichen Kriterien entspricht. Die Notliquidität der EZB ist mittlerweile der einzige Lebensfaden der Banken in diesen Ländern, da sie nicht mehr kapitalmarktfähig sind und die Kunden in Scharen ihr Geld abziehen. Aber die EZB entfernte sich noch weiter vom Pfad der Tugend: Sie kaufte zusätzlich und im grossen Stil Staatsanleihen der Problemländer. Um selbst keine Verluste zu erleiden, macht sie nun ihren Einfluss geltend, einen Schuldenschnitt bei griechischen Staatsanleihen zu vermeiden.

Wenn die Schulden nicht durch Haushaltsüberschüsse oder Vermögensverkäufe abgetragen, aber auch nicht im Rahmen eines Schuldenschnitts den Gläubigern aufgebürdet, sondern immer weiter angehäuft und im Kollektiv der EU-Staaten verteilt werden, dann stellt dies einerseits einen Transfer von den solide zu den unsolide wirtschaftenden Staaten dar. Andererseits erhöht es die Versuchung, die kollektiv angehäuften Schuld irgendwann über die gemeinsame Notenpresse zu bedienen. Durch Inflation würde in diesem Fall die Last von allen Eurosparenern getragen. Wenig erstaunlich deshalb, dass diese ihre Euros lieber in Schweizer Franken tauschen.

Manuel Ammann ist Professor für Finanzen an der Universität St. Gallen und Direktor des Schweizerischen Instituts für Banken und Finanzen

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 57

Neue Stromleitungen

Kloten verloren die Immobilien 5 bis 6 Prozent», sagt Marco Salvi, Immobilienökonom bei der ZKB. «In stark belasteten Regionen waren es 20 Prozent.»

Claude Ginesta, Partner bei der gleichnamigen Küssnacht Immobilienfirma, hält gar Verluste von bis zu 30 Prozent für denkbar. Als Beispiel führt Ginesta die be-

sonders unter dem Fluglärm leidende Gemeinde Zumikon auf. «Während hier die Immobilienpreise zwischen 2001 und 2005 stagnierten, stiegen sie in den umliegenden Seegemeinden jährlich zwischen 5 und 7 Prozent.»

So weit muss es nicht kommen. Hoffnung macht den Immobilien- und Grundstücksbesitzern ein wegweisender Bundesgerichtsentscheid von Anfang April. Bisher weigerten sich Stromkonzerne wie Alpiq, BKW und Axpo standhaft, Hochspannungsleitungen in den Boden zu verlegen. Da das höchste Gericht eine Beschwerde der aargauischen Gemeinde Riniken

gegen eine geplante 380/220-kV-Freileitung guthies, muss die Axpo dort ein Projekt für eine Teilverkabelung ausarbeiten.

Stromanbieter «schweigen Bundesgerichtsentscheid tot»

«Der Bundesgerichtsentscheid bedeutet aber nicht automatisch, dass neue Stromleitungen überall unterirdisch verlegt werden», betont der Aargauer Rechtsanwalt Wilhelm Boner, der die Beschwerdeführer vertritt. Zurzeit ist noch unklar, wann in Ballungsgebieten Stromleitungen unterirdisch verlegt werden müssen. «Die Stromanbieter wollen den Bundes-

gerichtsentscheid totschweigen», so Boner. Deshalb müssten sich Betroffene politisch organisieren und vor Gericht gehen.

Im vom Bundesamt für Energie erstellten Sachplan Übertragungsleitungen sind die Ausbauten bis 2015 eingezeichnet. «Bis heute ist aber nicht klar, wie viele Kilometer neu verlegt oder ausgebaut werden», sagt Jean-François Steiert, Freiburger SP-Nationalrat und Präsident der Schweizerischen Vereinigung Hochspannung unter den Boden (HSUB).

Heikel wird es jedenfalls im Wallis, um den Neuenburgersee, in Bern oder am linken Zürich-

seeufer. Dort werden die Stromleitungen heftig bekämpft.

Etwas entspannter sieht man den Netzausbau beim Hauseigentümerverband. «Wissen Sie, wie viele Leute vor Jahren auf dem Lande ein Haus bauten und heute neben einer Autobahn oder dicht befahrenen Eisenbahnlinie wohnen?», fragt Ansgar Gmür, Direktor HEV Schweiz. Wenn man bedenke, so Gmür, dass die Preise im Kanton Zürich um 20 bis 30 Prozent gestiegen seien, sollten solche Wertminderungen verkraftbar sein.

*Studie «Wertvoller Boden» ist gratis auf www.zkb.ch erhältlich

ANZEIGE

PRAXISNAH STUDIEREN

fallbezogen vernetzend karrierefördernd

www.kalaidos-fh.ch

Kalaidos Fachhochschule Schweiz
Die Hochschule für Berufstätige.